Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,— RM. frei Haus, bei Postbestellung 1,80 RM. zuzüglich Bestellgeld. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 RMk. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übern. wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 245 — 91. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Dienstag, den 18. Oktober 1932

Hinter dem Ladentisch.

Immer wieder, seit im August vorigen Jahres die Großsubventionen des Reiches für die Banken und bestimmte, vor allem auf Großbetriebe eingestellte Teile der deutschen Wirtschaft in rascher Folge zur Verfügung gestellt wurden, seit außerdem die Garantiezusagen des Reiches für weitere Großunternehmungen sich geradezu drängten, ist mit Recht aus den Kreisen der mittleren und kleinen Industrie, des gewerblichen und kaufmännischen Mittelstandes, des Handwerks, kurz „der Kleinen" in der Wirtschaft gerufen worden: Ja, und wo bleiben denn wir? Stellen wir in unserer Gesamtheit einen minder lebenswichtigen Teil der deutschen Wirtschaft dar als die Großbetriebe? Sind wir von der kleineren und mittleren Industrie nicht überhaupt ein volkswirtschaftlich bedeutsamerer Teil, weil vor allem in unseren Händen die Qualitätserzeugung liegt und wir überdies, nämlich gerade deswegen, auch verhältnismäßig mehr Arbeiter und Angestellte beschäftigen als unsere Großkollegen mit ihrer Massenproduktion! Bewerkstelligen wir kleineren und mittleren Einzelhandelsbetriebe nicht auch heute noch den größten Teil der Güterverteilung an den Konsumenten! Vielleicht ist es übertrieben, aber sehr viel Wahres ist doch daran: Einer der größten Kreditgeber, nämlich ein solcher „über den Ladentisch hinweg", ist der kaufmännische und gewerbliche Mittelstand, soweit er Einzelhandelsgeschäfte betreibt. Er muß in weitestem Umfange den Kunden pumpen und riskiert dabei viel, kriegt dafür aber nicht einmal Zinsen und — stößt meist auf die übliche „kalte Schulter", wenn er selbst Kredite benötigt und um sie nachsucht. Es hat in den Kreisen der „Kleinen" und Mittleren eine unsagbar tiefgehende Erbitterung erregt, daß man ihnen meist schwerste, meist unerfüllbare Kreditbedingungen stellte, die auf eine Ablehnung des Kreditgesuches hinauslaufen mußten, während man den „Großen" den Kredit geradezu nachwarf. Dafür hat sich aber bei den Großbanken, als diese im Anfang dieses Jahres „Bilanz machten" und ihre Kreditnehmer einmal genau nachprüften, sehr bald herausgestellt, daß verhältnismäßig viel mehr Großkunden „faul" waren als die Kreditnehmer kleinerer und mittlerer Art. Und damals schon sprach ein Reichsfinanzminister von der Notwendigkeit, den Kredit auf breitere Schultern zu verteilen.

Inzwischen ist das Reich doch Herr der Großbanken geworden, und deswegen richtet sich jetzt an das Reich direkt der Ruf der kleinen und mittleren Industrie, des kaufmännischen und gewerblichen Mittelstandes und des Handwerks nach einer volkswirtschaftlich besseren Kreditverteilung. Was ist z. B. aus dem Personalkredit geworden, der früher für große Teile der Wirtschaftenden, namentlich in den kleinen und mittleren Städten, wesentlichste Kreditstütze war? Er existiert ja überhaupt gar nicht mehr oder hier und da höchstens noch in Trümmern! Nun hat der Kanzler in seiner Paderborner Rede gleich im Anfang seiner Ausführungen erklärt, daß sein Programm „keineswegs für die Großen allein bestimmt" sei; „gerade die mittleren und kleinen Betriebe werden durch die Maßnahmen der Reichsregierung gefördert und gestützt". Das ist insofern richtig, als hier ja die Steuergutscheine wirksam sein sollen, — aber wenn der Kanzler weiter erklärte, das, was die Reichsregierung wolle, sei „ausgesprochene Mittelstandspolitik", dann muß auch eine bessere kreditpolitische Berücksichtigung des Mittelstandes endlich durchgeführt werden, wenn jenes „Wollen" in ein Handeln umgesetzt werden soll!

In kleineren Dosen ist manches bereits geschehen, anderes in Vorbereitung. Für die Belebung der Bauwirtschaft und des Baugewerbes im besonderen sind durch die Notverordnung zusammen 100 Millionen bereitgestellt worden; auch die Bank für Industrieobligationen ist angewiesen, aus den künftigen Eingängen der Industrieumlagen schon jetzt Kredite für den Mittelstand bereitzustellen. Und schließlich — was einer, wie oben erwähnt, ganz besonders dringenden Förderung des Mittelstandes entsprechen würde — soll die geplante Reform der Bankenaufsicht des Reiches auch die kreditpolitische Linie dieser Großinstitute mehr zugunsten des bisher so arg vernachlässigten oder schlecht behandelten Mittelstandes abbiegen.

Wenn nur die Sparkassen, diese „Banken des kleinen Mannes", heute wieder so funktionieren könnten wie früher. Aber noch schleppen sie aus dem Ansturm der vergangenen zwölf Monate eine schwere Wechselschuld bei der Akzept- und Kreditbank — also letzten Endes bei der Reichsbank — im Betrage von einer Milliarde mit sich herum, und diese Fessel hindert sie, sich ihrer kreditpolitischen Hauptaufgabe, nämlich der Gewährung von Kleinkrediten, sich so zu widmen, wie sie es im eigenen Interesse wünschen. Denn sie wissen, daß man am liebsten sein Geld dort hinbringt, wo man einigermaßen sicher sein kann, im Bedarfsfalle auch was gepumpt zu erhalten. Gerade deswegen scheint man nun auch davon abgekommen zu sein, die Sparkassen mit „der Kreditbeschaffung für ein zusätzliches Arbeitsprogramm" zu belasten, die ihr die Erfüllung ihrer Hauptaufgabe, nämlich die Pflege des Kleinkredits, unmöglich gemacht hätte.

Nochmals Einladung und Ablehnung.

Deutschland lehnt Genf erneut ab.

Der englische Geschäftsträger in Berlin, Newton, suchte den Reichsaußenminister von Neurath auf und schlug ihm in einer Unterredung erneut Genf als Konferenzort für die vorgesehene Viermächtekonferenz vor. In der Besprechung erklärte der Reichsaußenminister unter eingehender Begründung wiederum, daß Genf für Deutschland nicht annehmbar sei.

*

Ein Appell Macdonalds an Deutschland.

Der englische Ministerpräsident Macdonald hielt in London eine bedeutsame Rede über die Abrüstungs- und Gleichberechtigungsfrage. Er betonte u. a.: Wir wollen, daß die Abrüstungskonferenz etwas gut und richtig Festgelegtes wird, und nicht etwas, das nur zu der formellen moralischen Scheidemünze der Welt gehört. Ich wünsche eine Abrüstung, die ein wirklicher Beitrag zu dem Problem, den Frieden zu bereiten, ist. Das Schlüsselwort unserer Politik ist nicht Wiederaufrüstung, sondern Abrüstung. In diesem Zusammenhang möchte ich sagen: Deutschland weiß sehr gut und hat es schon seit einiger Zeit gewußt, daß England sich

nicht dem deutschen Wunsch widersetzt,

als gleichberechtigt auf der Abrüstungskonferenz betrachtet zu werden. Alles zielt auf die Notwendigkeit hin, eine allgemeine Vereinbarung über die deutsche Forderung zu sichern. Bei der Vorbereitung des zu erzielenden Abkommens sollte Deutschland einsehen, daß es anwesend sein muß, um mit uns allen in einen Meinungsaustausch zu treten.

Unser Wunsch ist, daß wir alle am Ende unserer Besprechungen wie eine Abordnung vor die Abrüstungskonferenz hingehen und sagen können: „Ihr seid steckengeblieben. Es sind Dinge geschehen, die euch verhindert haben, vorwärtszukommen. Wir zusammen machen nun diesen Beitrag zur Beseitigung der Hindernisse." Ich bedaure auf das Tiefste, daß Deutschland zwar seine Bereitwilligkeit zu einer solchen Konferenz gezeigt, aber sich geweigert hat, nach Genf zu gehen aus Gründen, deren Substanz für mich schwierig zu entdecken ist. Ich hoffe ernstlich, daß Deutschland neuestes Wort nicht auch sein letztes Wort sein wird!

*

Der neue Generalsekretär des Völkerbundes.

Avenol vom Rat zum Generalsekretär ernannt.

Der Völkerbundrat ernannte in einer geheimen Sitzung einstimmig den gegenwärtigen stellvertretenden Generalsekretär Avenol zum Generalsekretär des Völkerbundes.

Die Wahl bedarf noch der Zustimmung der Mehrheit der Bundesversammlung und wird auf der Ende November stattfindenden außerordentlichen Völkerbundversammlung erfolgen. Ebenso werden die beiden neuen stellvertretenden Generalsekretäre (Italien und Norwegen) sowie die neuen Untergeneralsekretäre (Deutschland und England) auf der Novembertagung des Rates ernannt werden. Über die Ernennung des neuen deutschen Untergeneralsekretärs liegt noch keine Entscheidung vor, jedoch werden jetzt allgemein der frühere Staatssekretär Trendelenburg und der deutsche Gesandte in Athen, Eisenlohr, für diesen Posten genannt.

Zum Generalsekretär des Völkerbundes als Nachfolger von Sir Eric Drummond ist der Franzose Josef Avenol gewählt worden.

Die Viermächtekonferenz aufgeschoben.

Frankreich will deutsche Schuld konstruieren.

In Berliner politischen Kreisen wird nach Lage der Dinge damit gerechnet, daß die Verhandlungen über die Abhaltung der Viermächtekonferenz auf Mitte November verschoben werden dürfte.

Diese Annahme stützt sich, wie verlautet, vor allem auf Gerüchte, die in Paris und London umlaufen. Die Meldung, daß die Engländer am Sonnabend in Berlin angefragt hätten, ob die Ablehnung Genfs, das nachträglich auf Wunsch Herriots in seinen Vereinbarungen mit Macdonald als Tagungsort vorgeschlagen worden war, das letzte Wort der deutschen Regierung sei, trifft nicht zu. Vielmehr scheint es so, als ob man in London vorläufig eine abwartende Haltung einnehmen will. Eine Besprechung zu zweit zwischen Macdonald und dem Reichsaußenminister oder dem Reichskanzler wird in Berliner politischen Kreisen für unwahrscheinlich gehalten.

Die französische Außenpolitik hat bisher schon versucht und wird es auch weiterhin versuchen, aus der Ablehnung Genfs als Tagungsort eine deutsche Schuldfrage zu konstruieren, obwohl Frankreich es gewesen ist, das erklärt hat, der Einladung der englischen Regierung zu einer Konferenz in London nicht folgen zu können. Es sei deshalb noch einmal daran erinnert, daß die Reichsregierung die Einladung Macdonalds nach London zu einer Besprechung der deutschen Gleichberechtigungsforderung im Rahmen einer Mächtekonferenz sofort bereitwilligst angenommen hatte.

*

Reisende in Politik.

Die Isolierung Deutschlands vor dem Weltkrieg war nicht zuletzt der Erfolg der politischen Reisen König Eduards VII. von England, der bei scheinbar harmlosen Besuchen in den verschiedenen Ländern diese gegen Deutschland einzunehmen wußte und so den eisernen Ring um Deutschland schmieden half, der seine verheerenden Wirkungen dann im Weltkrieg ausübte. An diese Tatsache muß man sich erinnern, wenn man jetzt sieht, mit welcher Geschäftigkeit der französische Ministerpräsident Herriot das Mittel der Reisen mit politischem Hintergrund in seine Diplomatie eingliedert. Seiner Reise nach London mit ihrer deutschfeindlichen Auswirkung wird er jetzt eine Reise nach Spanien folgen lassen, die Ende Oktober stattfinden soll. Herriots Absicht sei, so wird hierzu berichtet, in erster Linie die Bildung einer neuen und wirklichen Entente zwischen Frankreich und Spanien. Hierbei habe er natürlich nicht nur den günstigen Einfluß einer solchen französisch-spanischen Entente auf die marokkanische Frage, sondern besonders auch auf Frankreichs Stellung in Genf und die französische Sicherheit im Mittelmeer im Auge. Man könne damit rechnen, daß Spanien in Kürze einer der hauptsächlichsten Unterstützer von Herriots Abrüstungsplan in Genf sein werde. In diesem Zusammenhang sei es nicht ohne Bedeutung, daß Frankreich angeblich Spanien als das geeignetste Land für die Unterbringung der vorgeschlagenen internationalen Völkerbunddepots von schweren Waffen vorgeschlagen habe. Denn in Spanien würde ein solches Depot in jedem Falle außerhalb der Reichweite Deutschlands liegen.

Frankreich wird also versuchen, den Kreis seiner willfährigen Trabanten in Genf aus dem Osten und Südosten Europas im Westen zu ergänzen. Ob die betont deutschfreundliche Einstellung der alten spanischen Regierung auch noch unter der neuen republikanischen Regierung besteht, bleibt abzuwarten. Jedenfalls wird die Reichsregierung ein wachsames Auge haben müssen auf Herrn Herriot, den neuen Reisenden in Politik.

Als neuer deutscher Untergeneralsekretär des Völkerbundes werden genannt der frühere Staatssekretär Trendelenburg (links) und der deutsche Gesandte in Athen, Eisenlohr (rechts).

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF